



- per E-Mail an: [Geschäftsstelle@landtag.rlp.de](mailto:Geschäftsstelle@landtag.rlp.de) -

Ministerium der Justiz Rheinland-Pfalz | Postfach 32 60 | 55022 Mainz

Präsidenten des Landtags Rheinland-Pfalz  
Herrn  
Hendrik Hering, MdL  
Platz der Mainzer Republik 1  
55116 Mainz

LANDTAG  
Rheinland-Pfalz  
**18/6057**  
VORLAGE

**DER MINISTER**

Ernst-Ludwig-Straße 3  
55116 Mainz  
Zentrale Kommunikation:  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-4887  
Poststelle@jm.rlp.de  
www.jm.rlp.de

1. Juli 2024

**Mein Aktenzeichen**  
4009E24-0050  
Bitte immer angeben!

**Ihr Schreiben vom**

**Ansprechpartner/-in / E-Mail**  
Dr. Andreas Baumann  
strafrechtsabteilung@jm.rlp.de

**Telefon / Fax**  
06131 16-4982  
06131 16-4844

**Sitzung des Innenausschusses des Landtags Rheinland-Pfalz am 26. Juni 2024  
TOP 6: „Neuerliche Razzia gegen Schleuser in sechs Bundesländern mit  
Schwerpunkt in Rheinland-Pfalz“**

**Antrag der Fraktion der CDU nach § 76 Abs. 2 GOLT  
– Vorlage 18/5847 –**

Sehr geehrter Herr Präsident,

in der vorbezeichneten Sitzung hat der Innenausschuss die Landesregierung zu TOP 6 um schriftliche Berichterstattung gebeten. Dieser Bitte komme ich gerne nach und übersende Ihnen den für die Sitzung vorbereiteten Text des Sprechvermerks:

*„Die Zentralstelle für Wirtschaftsstrafsachen der Staatsanwaltschaft Kaiserslautern führt ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des gewerbs- und bandenmäßigen Einschleusens von Ausländern, Urkundenfälschung sowie Vorenthaltens und Veruntreuens von Arbeitsentgelt im Zusammenhang mit der Vermittlung ausländischer Arbeitskräfte.“*

1/3

**Kernarbeitszeiten**

09:30 - 12:00 Uhr  
14:00 - 15:00 Uhr  
Freitag: 09:30 - 12:00 Uhr

**Verkehrsanbindung**

Bus ab Mainz-Hauptbahnhof  
Linie 6 bis Haltestelle Bauhofstraße

**Parkmöglichkeiten**

Schlossplatz, Rheinufer  
für behinderte Menschen:  
Diether-von-Isenburg-Straße



*Das Ermittlungsverfahren richtet sich gegen 23 Beschuldigte. Ein Beschuldigter ist italienischer Staatsbürger, 22 weitere Beschuldigte sind deutsche Staatsangehörige.*

*Gegenstand des Verfahrens ist der Verdacht, dass eine Tätergruppierung aus der Vorderpfalz über ein Netz von Personalvermittlungsfirmen Staatsangehörige aus Nicht-EU-Staaten, unter anderem Moldawien und Georgien, angeworben und nach Deutschland gebracht hat. Hierzu sollen die Arbeiter mit falschen Ausweisdokumenten, die sie als EU-Ausländer auswiesen, ausgestattet worden sein. In Deutschland wurden diese Personen in unterschiedlichen Branchen als Leiharbeitnehmer eingesetzt. Sie sollen mit Löhnen weit unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns bezahlt worden sein, so dass ein Anfangsverdacht auch für ein Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt besteht.*

*Nach umfangreichen Vorermittlungen durchsuchten am 14. Mai 2024 1169 Einsatzkräfte von Bundespolizei und Zoll sowie mehrere Staatsanwältinnen und Staatsanwälte aufgrund richterlicher Anordnungen 52 Objekte in sechs Bundesländern, wobei ein Schwerpunkt in Neustadt an der Weinstraße lag. Bei den Durchsuchungsobjekten handelt es sich unter anderem um Wohn- und Geschäftsräume und Arbeitnehmerunterkünfte. Außerdem wurden aufgrund entsprechender Rechtshilfeersuchen Geschäftsräume in Polen und Bulgarien durchsucht.*

*Im Rahmen der Durchsuchungsmaßnahmen wurde umfangreiches Beweismaterial, insbesondere Firmenunterlagen/-aufzeichnungen, diverse Speichermedien wie Laptops und Smartphones sowie gefälschte Ausweisdokumente sichergestellt. Des Weiteren konnten in Durchsuchungsobjekten in Neustadt an der Weinstraße Betäubungsmittel sowie unter anderem eine Schrotflinte sichergestellt werden.*

*Außerdem wurden zahlreiche Personen mit gefälschten Ausweispapieren vorläufig festgenommen, bei denen der Verdacht des unerlaubten Aufenthalts besteht. Gegen sie wurden gesonderte Ermittlungsverfahren wegen des*



*Verdachts des unerlaubten Aufenthalts eingeleitet und die zuständigen Ausländerbehörden informiert.*

*Die Auswertung der Asservate, unter anderem des im Inland sichergestellten 7,5 Tonnen Beweismaterials in schriftlicher und elektronischer Form, dauert an und wird – ebenso wie die Vernehmung von Zeugen – noch erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. Eine Bezifferung des Schadens ist vor diesem Hintergrund zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich.“*

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Mertin